



Grundfäßlichen Auffassung dieser Staaten, daß die Vergangenheit Europas, soweit sie von der heranwachsenden Generation erlebt wurde, nicht ohne weiteres liquidiert werden kann. Dagegen die russische Antwort nur diesen Gedanken, nur diesen Anspruch des Bezichts auf Vergangenes enthalten, die Konkreten würde das russische Thema in der Tat betreffen haben.

Aber da fand sich in Tschichewins Abrechnung doch noch so etwas wie eine Brücke, die man, ohne sich etwas zu versagen, beschreiben konnte, und, wie die Ereignisse zeigen, auch beschreiben wird. Tschichewin schlug vor, den Komplex der finanziellen Streitigkeiten mit Rußland einer gemischten Sachverständigen-Kommission zu übertragen, die ihre Arbeit zu einer Zeit und an einem Orte beginnen würde, über den ein gemeinsames Abkommen bestehen sollte. Diesen Gedanken griff Lloyd George, der mit seinen Kräften für den Erfolg seines Genue-Werkes kämpft, lebhaft auf. Und was er aus ihm zu machen vermag, ist tatsächlich verblüffend. Nach den Vorschlägen des englischen Premiers soll die Konferenz der Sachverständigen, zu denen in diesem Falle natürlich auch die Ministerpräsidenten gehören werden, im Juni im Haag stattfinden, und während dieser Beratungen wird ein allgemeiner Durchblick auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung ankommen werden. Amerika hofft man für die Teilnahme gewinnen. Deutschland und Rußland davon ausdrücklich zu förmlich Natürliche. Deutschland hat ja seinen Rußland-Vertrag; es interessiert sich insbesondere nicht dafür, was London und Paris mit Moskau abmachen, und wenn auch jenseits nur auf Zeit, herbei. Was muß hier im Spiele gewesen sein? Am Sonnabend vormittag noch erklärte Barthou, die Interessen der französischen Regierung veränderten die französische Delegation, eine Antwort auf das russische Dokument zu erteilen, Frankreich verpöbte sich nichts von der Einsetzung einer Kommission, Frankreich erkläre im Parafriedenspakt eine Gewähr. Und am Nachmittag, nach amerikanischer Unterredung mit Lloyd George, spricht derselbe Barthou bereits mit einer Selbstverständlichkeit von den kommenden Sachverständigenberatungen, die man Lloyd George nicht zugehört hätte, lobt den Durchblick und fordert die Hoffnung aus, man werde mit den Russen sicher zu Resultaten gelangen. Ein Rätsel? Weniger, aber ein scheinlich für Frankreich ausgezeichnetes Geschäft. Denn irgendein Transaktionswert in Lloyd George geboten haben. Und jenseits Himmel hält Barthou mit seiner bekannten Darsichtlichkeit nicht um. Und nun brauchen wir uns nicht lange den Kopf zu zerbrechen, worin dieses Objekt besteht. Frankreich und England haben sich wechselseitig gewisse Vorteile zu bieten. Aber nur eins kann Frankreich bestimmen, nur eins Frankreich zur Aufgabe eines solchen Hindernis verdrängen Standpunkt veranlassen. Das wäre die Aufgabe, daß es gegen Deutschland freie Hand bekommt, daß es am 31. Mai nicht mit dem Widerspruch Englands zu rechnen braucht, ja vielleicht sogar auf den impatiblen Haltung zählen darf. Wir wissen noch nicht, ob das neue Kompromiß zwischen London und Paris auf diese Weise ausgedacht ist. Erst am Ende des Monats wird sich das erweisen. Aber schon jetzt, wenn wir für und Wider gegeneinander halten, scheint sich die Annahme zu bestätigen, als ob wir die Rechnung auch dieses Geschäftes zu denjenigen hätten. Lloyd George, der die Konferenz von Genue um seine innerpolitischen Stellung willen zum Erlöse Kampfen muß, bringt einen Abgang des Burgfriedenspakt, eine Klärung der russischen Frage, das gerettete englisch-französische Bundesverhältnis mit nach Hause, Barthou dagegen die Sicherheit für Frankreich, in der Bewilligung seiner Genuepläne in Deutschland nicht gehindert zu werden.

Sowas die unmittelbare Rechnung der Alliierten. Aber eben jetzt zeigt sich, daß man sich in einem Punkte, wahrcheinlich sogar in mehreren, gründlich verrechnet hat. Die so schön gedachte Konferenz im Haag wird die russische Zustimmung nicht finden, so laune Rußland dort nur in einer Nebenkommission vertreten sein soll. Tschichewin hat das mit erfindender Deutlichkeit in seiner Note vom Sonnabend an Schaner zum Ausdruck gebracht. Und was sollen Beratungen über russische Ansuchen sein, wenn Rußland selbst von ihnen gar nichts wissen will? Sie wären eine offene Torheit, aber die sein Wort verlieren zu werden braucht. Nebenbei problematisch stellt es sich mit Amerikas Teilnahme, die angesichts davon abhängig ist, daß das ganze russische Problem von neuem behandelt wird und daß die Verträge von Havanna und Wien annulliert werden. Auch hiergegen wird sich Rußlands Widerstand wenden. Und was dann noch aus der Haager Konferenz werden kann, ob der französisch-englische Bündnis, der in Paris und London zunächst viel Freude erregt haben mag, aufrecht erhalten bleibt, das wird sich zeigen, wenn Rußlands bedauerliche Einwände, die seine geringe Ueberrückung hervorgerufen haben dürften, sich auswirken beginnen.

**Dr. Hermes' Besuche bei Mitgliedern der Reparationskommission.**  
Paris, 15. Mai. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der am Sonnabend den Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois besucht hatte, hat heute dem englischen Delegierten Sir John Bradburn, dem belgischen Delegierten Dela Croix, dem italienischen Delegierten Salzano Montag, sowie dem amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission Bonden Besuche ab. Die Besprechungen nehmen morgen ihren Fortgang. (W. T. V.)  
Paris, 15. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen. Er hat an, daß Dubois im Laufe der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten die Mitteilung über seine Besprechungen mit dem deutschen Finanzminister gemacht hat. (W. T. V.)  
Paris, 15. Mai. Die Reparationskommission demontiert die Meldung, wonach die deutsche Delegation in Genue in offizieller Weise mit der französischen Delegation bezüglich der Reparationsfrage in Fühlung getreten sei. Die französische Delegation habe diese Frage weder mit der deutschen Delegation, noch mit einer anderen besprochen.

**Eine Amnestie Leronds.**  
Drahtmeldung aus Berlin (Schriftleitung).  
Lepel, 15. Mai. Die Her verlässt, wird General Lerond aus Anlaß der Uebergabe der überschüssigen Gebiete an Deutschland und Polen eine allgemeine Amnestie für solche Personen beider Nationalität erlassen, die seit dem letzten großen polnischen Aufstande wegen Widerstandes gegen die Verordnungen der internationalen Kommission mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bestraft worden sind.

**Verzögerung der Ratifikation des Korridorvertrages.**  
Drahtmeldung aus Berlin (Schriftleitung).  
Berlin, 15. Mai. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wegen des deutsch-polnischen Korridorvertrages hat sich verzögert. Erst nach Ablauf von sechs Monaten nach der Ratifikation soll der Vertrag in Kraft treten. Inzwischen ist aber zwischen Deutschland und Polen vereinbart worden, daß die auf die Eisenbahn bezüglichen Bestimmungen bereits am 1. Juni in Kraft treten. Die Bestimmungen über die Pflicht eines Ausweises besteht. Die Bestimmungen über den Schiffsahrt- und Kraftwagenverkehr werden drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft gesetzt. Es wird aber noch darüber verhandelt, ob dafür nicht ein früherer Zeitpunkt gewählt werden kann.

# Einigung mit der russischen Delegation?

## Annahme der Vereinbarungen durch die Unterzeichner des Memorandums.

Genue, 15. Mai. (Spezialbericht des W. T. V.) In der heutigen Vormittags-Sitzung der Unterkommission erklärte Schaner nach Verlesung des Briefes Tschichewins, er habe diesem heute vormittag u. a. auseinandergesetzt, daß man keineswegs die Absicht habe, die Russen von den Verhandlungen im Haag auszuschließen, sondern man wolle im Gegenteil, daß die Russen kommen würden, um auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung zu verhandeln. Er habe Tschichewin ferner darauf hingewiesen, daß die Bestimmung betr. des Nichtabschließens von Sonderverträgen keinesfalls in die russische Souveränität einzugreifen, sondern lediglich eine Behinderung der Arbeiten der Sachverständigen vermeiden wolle. Barthou sagte noch zu Tschichewins Brief, dieser bedeute einen Angriff auf Frankreich, den er zurückweisen müsse. Frankreich sei, wie die anderen Mächte, bemüht, ein Abkommen zu erlangen, und arbeite an diesem Ziele mit vollem Verze mit. Das sei schon dem Protokoll Barthous an.

Darauf wurde das Dokument angenommen und beschlossen, die Russen für morgen vormittag 10.30 Uhr zu der Sitzung der Unterkommission einzuladen. Rummeh erklärte Barthou, er werde an dieser Sitzung nicht teilnehmen, da die französische Delegation an der Ablehnung des Memorandums keinen Anteil habe. Aber wenn Rußland annehmen werde, werde die französische Delegation ihrer Regierung die Annahme der Bedingungen der Unterkommission empfehlen. (W. T. V.)

## Ueberlieferung der Antwort an die russische Delegation.

Genue, 15. Mai. Die Antwort an die russische Delegation ist heute nachmittag überhandt worden, und zwar in derselben Form, wie in dem Entwurf der einladenden Mächte vorgesehen war. Von französischer Seite war gestern gemeldet worden, der erste Teil der Antwort werde eine Kurzerklärung des polnischen Teiles der russischen Note enthalten. In der heutigen Sitzung der politischen Unterkommission wurde aber beschlossen, diesen Gedanken aufzugeben, wie es heißt, mit der Begründung, daß einige Mächte erklärt haben, sie könnten die Antwortnote nicht unterzeichnen, weil sie an der Ablehnung des Memorandums auch keinen Anteil hätten.

Lloyd George hat gestern dem amerikanischen Botschafter Child die Beschlüsse der einladenden Mächte mitgeteilt, die sie sofort nach Washington weitergeschickt hat. Lloyd George erklärte heute vormittag, dies sei nur der Vorläufer der Einladung an die Vereinigten Staaten, sich in der Sachverständigenkommission im Haag vertreten zu lassen. Man hofft, daß die amerikanische Antwort morgen einlaufen wird. (W. T. V.)

## Die Grundlage der Einigung.

Genue, 15. Mai. (Spezialbericht des W. T. V.) Die Mitteilung der Agenzia Stefani über die Beschlüsse der einladenden Mächte besagt, die Einigung sei auf folgender Grundlage erreicht worden:

1. Die Präzision der russischen Probleme wird einer Kommission von Sachverständigen überlassen, die von den einzelnen Regierungen zu ernennen sind.
2. Jeder Staat wird, sofern er es wünscht, einen Sachverständigen ernennen können.
3. Die fünf einladenden Mächte (Italien, England, Frankreich, Belgien, Japan) werden je zwei Sachverständige ernennen, die ihrerseits aus ihrer Mitte einen engeren Ausschuss wählen werden.
4. Die Sachverständigenkommission wird im Juni im Haag zusammentreten und ihre Arbeiten innerhalb dreier Monate beenden. Die Russen ihrerseits werden Vertreter ernennen, die nach dem Haag berufen werden, um mit den Sachverständigen zu verhandeln. Die oben genannten fünf Mächte werden die Vereinigten Staaten einladen, um Vertreter zu ernennen. (W. T. V.)

## Amerikas Haltung in der Russenfrage.

Poincaré sucht Rücksicht bei Amerika.  
Paris, 15. Mai. Das „Cablotramme“ bemerkt an den letzten Verhandlungen in Genue, Poincarés Politik erkläre sich durch den Wunsch, ein Zusammengehen Frankreichs mit Amerika in der russischen Frage herbeizuführen. Poincaré sei offiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Amerika die russische Politik Englands nicht billige und habe im Vertrauen auf Amerikas Willen Englands Gefolgschaft gelündigt, wobei er sich bemüht habe, Polen und die kleine Entente für Frankreichs Standpunkt zu gewinnen. Die künftige Stellungnahme Amerikas werde beweisen, ob Poincaré das richtige getroffen oder einen Fehler begangen habe.

Es ist immerhin möglich, daß Poincaré gewisse Zusammenhänge mit Amerika auch in der Zeit der Genueer Verhandlungen unterhalten hat, die ihn darin bestärken, Barthou zu strikt ablehnender Haltung in allen Rußland betreffenden Fragen zu veranlassen. Amerikas Standpunkt gegenüber Rußland ist, wie es den nachstehenden Meldungen entsprechend erscheint, der des Neuzens oder Brechens. Rußland soll, wenn sich die Erwartungen der Amerikaner verwirklichen, durch die Macht der Geschäfte zu innerpolitischer Umkehr gezwungen werden. Ob das möglich sein wird, kann sich so rasch nicht entscheiden. Man sollte in Amerika aber auch bedenken, daß Rußland schon ein gutes Stück vom ursprünglichen „Vollschweiß“ abgerückt ist und daß es diesen Weg weiter gehen wird, wenn es auf ihm gute Erfahrungen machen wird. Die amerikanische Behandlungsmethode des russischen Problems kann leicht dazu angehen, diese heilsame Entwicklung zu hemmen und Rußland von neuem in den „Vollschweiß“ hineinzutreiben.

Die angezogenen Meldungen, die mit dem amerikanischen Standpunkt vertraut machen, sind folgende:

London, 15. Mai. Die „Morning Post“ berichtet aus Washington: Das tatsächliche Scheitern der Konferenz habe merkwürdigerweise eine optimistische Stimmung in amerikanischen Regierungskreisen erzeugt, die in Zeitartikeln der Presse zum Ausdruck kommen. Es sei offiziell mitgeteilt worden, die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß die Volkswirtschaft, nachdem sie verübt hätte, Europa zu sprengen, und dabei einen Mißerfolg davongetragen hätte, jetzt die Notwendigkeit dessen einsehen werden, was Staatssekretär Hughes jetzt gefordert hat, nämlich, daß sie nicht nur Verzicht leisten dürfen, sondern auch Garantien für den Schutz des Lebens und Eigentums. Man sei in Amerika der Ansicht, daß die Lage Rußlands in einigen Monaten sich noch verschlechtern werde, wenn Rußland von Europa und Amerika kein Geld und keine Kredite erhalte. (W. T. V.)

London, 15. Mai. Daily Telegraph“ berichtet aus Washington: Der Appell Frankreichs an die Vereinigten Staaten, an der geplanten internationalen Kommission zur Untersuchung der russischen Lage teilzunehmen, wird in Washington sorgfältig erwogen werden. — Nach einer Kabinettsitzung am Dienstag teilte Präsident Harding den Berichterstattern mit, Genue habe sich im großen und ganzen so entwickelt, wie das Staatsdepartement es vorausgesehen hat. Die in Genue gemachten Vorschläge und Taten bedeuteten mehr oder weniger eine Anerkennung der Grundzüge, die von der Washingtoner Regierung in der russischen Politik niedergelegt worden seien. (W. T. V.)

## Amerikas Zurückhaltung.

London, 15. Mai. In der „Sunday Times“ schreibt der amerikanische Publizist Franc S. Simons, die große Masse des amerikanischen Volkes habe sich die Ansicht der amerikanischen Regierung zu eigen gemacht, daß es zweifelhaft sei, sich mit der europäischen Frage zu beschäftigen, bevor Europa die amerikanischen Ansichten in der Abrüstungsfrage, sowie in den Fragen des Ausgleichs der Budgets und der Verabfolgung der Reparationen angenommen habe. (W. T. V.)

# Der Postetat im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Mai. Bei Eröffnung der Sitzung ließ Reichsminister des Innern Dr. Köster erklären, daß er in den nächsten Tagen zur Verantwortung der unabhängigen Interpellation über die Straßendemonstrationen vor dem Berliner Rathaus bereit sei. — Es folgte die zweite Lesung des Entwurfs der Reichspostverwaltung. — Abg. Jubeil (Unabh. Soz.) forderte größere Sparamkeit im Postbetriebe und bekämpfte die dazugehörigen Forderungen. — Abg. Morath (D. Vp.) erklärte, der Postetat werde unter den jetzigen Verhältnissen immer mit einem Defizit abschließen, denn die Post sei zwar ein großes wirtschaftliches, aber kein faulmännisches Unternehmen. Die ganze Personalpolitik der Reichspost sollte unter dem Zeichen des Sparsinnes der Berufsbeamten stehen. Erles und wichtigste Erfordernis sei, das Personal wieder zur Dienstfreude, zur Dienstbejahung zu erziehen.

## Reichspostminister Giesberts:

Eine Erhöhung der Tarife war unumgänglich, sonst hätten wir den Haushaltsplan nicht ins Gleichgewicht bringen können. Wir müssen uns der sprunghaften Wertung des Geldes anpassen. Die Postartengebühren soll im Erdbverkehr die gleiche bleiben, nämlich 75 Pf. Im Fernverkehr soll sie auf 1,50 ML. erhöht werden. Die Briefgebühren soll im Erdbverkehr von 1,25 ML. auf 1 ML. herabgesetzt, im Fernverkehr auf 3 ML. erhöht werden. Alle Tarifänderungen sind längere Vorbereitungen erforderlich. Auf einzelnen Gebieten ist der Verkehr allerdings zurückgegangen, aber durch Vermehrung der Ausgaben aufgehoben werden. In ein Abweichen vom Haushaltsplan ist im gewöhnlichen Sinne denke ich bei der Herabsetzung der Dienstpläne des Postpersonals nicht.

Die Aussichten auf Beförderung der mittleren Beamten werden sich, hoffe ich, etwas glücklicher gestalten. Demnach wird im Reichspostgebiet lech oder sieben große Fernverkehrsmittel eröffnet. Da brauchen wir 6 bis 7000 Leute. Die schwierige Frage der verbeiraten Beamten wird sich hoffentlich noch befriedigend regeln lassen. Durch die gemischten monatliche Einstellung der Beamten würden der Postverwaltung erhebliche Mehrkosten erwachsen. Der Postautomobilverkehr ist erweitert worden. Auch im internationalen Verkehr hat die Reichspostverwaltung Fortschritte gemacht. Der Fernpostverkehr wird in Zukunft erhöhten Umfang und Bedeutung annehmen. Wir müssen nach möglichst vollkommenen technischen Einrichtungen streben. Hier wäre Sparamkeit fällig angebracht. Auch der allgemeine Postverkehr hat sich bis zur Ausdehnung der Postdienste gehoben. So dürfen wir eine weitere Befundung auf dem Gebiete des Postwesens erhoffen. Abg. Dolius (Dem.) erklärte, Artikel, oft auch unbedeutend und aus Ursachen keine Rücksicht nehmende, sei an der Postverwaltung reichlich geübt worden. Sie sollte aber nicht zu ungeraten Angriffen führen, die das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt ist. Der Hauptgrund der hohen Gehälter liege in den hohen Materialpreisen. Was die Postverwaltung auf dem Gebiete des Fernverkehrs und Telephonverkehrs im letzten Jahre geleistet habe, sei doch beachtlich. Die weiteren Pläne zur Verbesserung des Verkehrs seien zu begrüßen. Auch sehr aber, daß die Postverwaltung an einem Personalüberschuß franke.

Ein Vertreter des Reichspostministeriums erklärte, daß die Gesamtansgaben für das Personal rund 14 1/2 Milliarden Mark betragen. Es sei zweifelhaft, wo man die angeblich überflüssigen 3100 Beamten herauszuheben solle. Durch solche Bestimmungen werde die glatte und gute Durchführung des Postbetriebes angekrebt, wie sie das Publikum verlangen könne. — Abg. Gerdemann (Domm.) forderte den

Berliner Schriftleitung.)

Reichspostminister auf, sich besser um den unter den höheren und auch mittleren Beamten herrschenden Geist zu kümmern. Die Hauptbüter der Reaktion lägen an maßgebenden Stellen der Reichspost.

Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag 11 Uhr Wetterberatung, Arbeitsministerium.

## Sachen und der Eisenbahnetat.

Bei der 2. Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums hat der Abgeordnete Dr. Reichert (D. R.) u. a. auf die Eisenbahnverhältnisse in Sachen hingewiesen. Er geteilt dabei die katastrophale schlechte Wagenstellung, die zahlreichen Verkehrshindernisse, die auf eine Unterdrückung des Verkehrs, auf eine Behinderung der Produktion und der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Industrie mit Rohstoffen hinausläufe. In Sachen seien die Verhältnisse in der Begleitung nach der Verwirklichung der Eisenbahnen viel schlechter geworden als früher. Die Zustände, die an die des Ruhrgebietes und Hamburgs erinnerten, hätten geradezu zum Himmel. Der Redner schloß diese seine Ausführungen mit der Aufforderung: „Der Reichsverkehrsminister, teilen Sie auch nach Sachen und sehen Sie dort unverzüglich nach dem Rechten.“

## Die Verwendung von Wartegeldempfängern.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 15. Mai. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm heute bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Verwendung von Wartegeldempfängern einen Antrag des Zentrum, der Demokraten und der Sozialdemokraten an, daß die Mindestzeit einer vorübergehenden Wiederbeschäftigung im Reichsdienst für Wartegeldempfänger zwei Jahre betragen müsse. Auch sollen Wartegeldempfänger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, berechtigt sein, unter Stellung eines Antrages auf Beiziehung in den Ruhestand die Uebernahme eines anderen Amtes oder einer früheren Beschäftigung abzulehnen. — Für die deutsche Volkspartei erklärte Abg. Morath, daß seine Partei die Motive würdige, die zur Fortlage dieses Gesetzes geführt haben, aber gegen die Annahme schwerer Bedenken habe, weil das Gesetz Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes durchbrechen würde. Die Faktion behielt sich deshalb ihre Stellungnahme vor. Der Hauptausschuß nahm dann den Entwurf im wesentlichen unverändert an.

## Annahme des Reichsanpassungsgesetzes im Reichstag.

Berlin, 15. Mai. Der Reichstag nahm heute den Entwurf eines Reichsanpassungsgesetzes an, das unverändert an. Der Entwurf bezweckt, das bisher landesgesetzlich geordnete Anpassungswesen, d. h. die besondere Berücksichtigung der Verleihte und ihrer Angehörigen gegen die Folgen der Berufsunfähigkeit, Krankheit und Todesfall, nunmehr reichsgesetzlich zu regeln.

## Der Kapp-Prozess.

Leipzig, 14. Mai. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle ist an dem Beginn des Kapp-Prozesses sobald nicht zu denken, zumal sich vorerst noch eine zweite Operation nötig machen wird. Erst nach Wiederherstellung des schwerkranken Patienten kann die Voruntersuchung eingeleitet werden. Zur Abfassung der Anklageurkunde und zur Eröffnung des Hauptverfahrens kann dann rasch geschritten werden, falls Kapp nicht wesentliche Einwendungen gegen einzelne Anklagepunkte erhebt. Vor einem Vierteljahr dürfte sich die Ansetzung des Verhandlungstermins kaum ermöglichen lassen.











